



Verantwortung beginnt vor Ort: Fairen Handel stärken

Globalisierte Wirtschaftsstrukturen führen zu Lücken im Menschenrechtsschutz. Der rohstoffreiche Süden ist überwiegend Lieferant für die Unternehmen im Norden. Immer wieder kommt es zu tödlichen Unfällen, Umweltkatastrophen und schweren Menschenrechtsverletzungen. Arbeits-, Sicherheits- und Umweltstandards entlang der Lieferketten werden selten eingehalten. Die Pflicht, die Menschenrechte zu schützen, liegt grundsätzlich beim Staat, doch kommt Unternehmen ebenfalls eine Verantwortung zu, gerade da, wo der staatliche Schutz ausbleibt. Bis 2030 soll die Ressourceneffizienz weltweit verbessert werden, es wird eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung angestrebt, ebenso wie produktive Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit und gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit unabhängig von Geschlecht, Alter und Behinderungen eines Individuums. Zudem müssen Zwangsarbeit und moderne Formen der Sklaverei und des Menschenhandels sofort bekämpft werden. Der Faire Handel leistet hier einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einem anderen Wirtschaftssystem mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Landkreise, Städte und Gemeinden können die Ziele des Fairen Handels unterstützen, indem sie fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit oder unter Verletzung sozialer Mindeststandards hergestellt werden. Als öffentliche Auftraggeber besitzen Kommunen ein enormes wirtschaftliches Potenzial. Auch üben sie eine wichtige Vorbildfunktion aus: Hier werden rund die Hälfte der 350 Milliarden Euro verantwortet, die bundesweit für die öffentliche Beschaffung durch Bund, Länder und Kommunen ausgegeben werden.



Im Vorfeld der Kommunalwahl am 12. September 2021 wollten wir von den aktuell im Stadtrat vertretenen Parteien gerne wissen, welche Ziele sie mit Blick auf den Fairen Handel in unserer Stadt für die kommende Legislaturperiode und darüber hinaus verfolgen.

Unsere Fragen an die Ratskandidierenden und die Kandidierenden für das Amt der/des Oberbürgermeisterin/s:

- 1.** Wie möchte Ihre Partei den Fairen Handel - bei dem menschenwürdige Arbeitsbedingungen gefördert werden - in der Kommune stärken?
- 2.** Die Stadt Braunschweig trägt seit 2014 den Titel „Fairtrade Town“: Welche Auswirkungen hat die Auszeichnung für das Handeln der Stadt, wie planen Sie und Ihre Partei, diesen Titel mit „Leben zu füllen“ und die Braunschweiger Bürger:innen für das Thema zu sensibilisieren?
- 3.** Gibt es konkrete Pläne (z.B. Monitoringsysteme, anspruchsvolle Ziele, Schaffung einer Kompetenzstelle), die öffentliche Beschaffung stärker nach ökologisch und sozialen Kriterien auszurichten?
- 4.** Welche Überlegungen oder konkreten Pläne gibt es zukunftsfähige Wirtschaftsmodelle (z.B. kooperative Ökonomien: Repair- und Sharing-Modelle, Gemeinwohlökonomie) in der Stadt zu fördern?

Der **Eine Welt Laden** im Ev. Stadtjugenddienst Braunschweig (www.staju.de/eine-welt-laden) setzt sich gemeinsam mit Ehrenamtlichen seit mehr als 30 Jahren für eine gerechte Weltwirtschaft ein, indem er Produkte aus dem Fairen Handel verkauft, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Produzent:innen vor Ort zu verbessern, viele verschiedene Informationsmaterialien rund um Fairen Handel und Nachhaltigkeit etc. (auch Verleih) bereitstellt sowie Seminare, Vorträge und ähnliches für Schulklassen, Konfirmand:innengruppen, Kirchengemeinden, aber auch für Firmen, Privatpersonen und alle Interessierten anbietet.

Der **Verein Fair in Braunschweig** (www.fair-in-braunschweig.de) setzt sich seit 2013 für faires Verhalten in unserer Region und Stadt ein. Für mehr Achtsamkeit und Respekt der Menschen untereinander und der Natur gegenüber. Der Verein will glaubwürdigen Einfluss nehmen zugunsten unserer Mitwelt. Neben Bildungsarbeit, Beratung, und Vernetzung bietet der Verein eine Anlaufstelle für alle, die sich mit Gedanken der Einen Welt identifizieren und diesen vorantreiben. Darüber hinaus begleitet und initiiert der Verein Aktivitäten im Rahmen der Steuerungsgruppe der Fairtrade-Stadt Braunschweig. Nicht zuletzt vertreibt der Verein den bio-fairen Braunschweig Kaffee und die bio-faire Braunschweig Schokolade. Der Verein ist auch Träger des bundesweiten Eine-Welt Regionalpromotor*innen-Programms. Die Regionalpromotorin Anna Thiel setzt sich für die Vernetzung und Beratung von entwicklungspolitischen Gruppen und Initiativen zur Förderung des Fairen Handels ein. Ihr Schwerpunktthemen dabei sind Unternehmensverantwortung und Sozialstandards.

Der **Oikocredit Förderkreis Niedersachsen Bremen e.V.** (www.niedersachsen-bremen.oikocredit.de) mit Sitz in Braunschweig engagiert sich seit 1980 für weltweite Solidarität und soziale Gerechtigkeit mit dem Fokus auf eine gerechte und nachhaltige Finanzwirtschaft und einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld. Oikocredit ist eine weltweit tätige Genossenschaft und ein sozialer Kreditgeber. Seit über vier Jahrzehnten setzt sich Oikocredit durch Finanzierungen in den Bereichen inklusives Finanzwesen, Landwirtschaft/Fairer Handel und erneuerbare Energien für nachhaltige Entwicklung und Stärkung von Gemeinschaften im Globalen Süden ein.

Das **Projekt Faire Gemeinde** (www.fairegemeinde-lkbs.de) der Landeskirche Braunschweig wurde im Mai 2019 als Kooperation des Arbeitsbereich Kinder- und Jugendarbeit (AJAB), der Evangelischen Erwachsenenbildung (EEB) und Brot für die Welt ins Leben gerufen. Ziel ist es das Interesse und das Bewusstsein für Themen aus den Bereichen Fairer Handel und Nachhaltigkeit bei unseren Gemeinden und Gestaltungsräumen (weiter) zu fördern und diese schließlich dabei zu unterstützen selbst zur Fairen Gemeinde zu werden. Aktuell sind in der Stadt Braunschweig fünf Gemeinden mit dem Titel „Faire Gemeinde“ ausgezeichnet.





Die Antworten der Ratskandidierenden bzw. deren Parteien und die Kandidierenden für das Amt der/des Oberbürgermeisterin/s:

Antworten der FDP

1. Wie möchte Ihre Partei den Fairen Handel - bei dem menschenwürdige Arbeitsbedingungen gefördert werden - in der Kommune stärken?

Die FDP steht zu den Beschlüssen, die für den Titel „Fairtrade Town“ notwendig sind. Wir sehen die Stadt als Vorbild für die Wirtschaft im Bereich der Einkaufspolitik und die Städtepartnerschaften als wichtigen Brückenkopf in die Welt. Dabei möchte die FDP, dass diese Städtepartnerschaften unter dem Aspekt Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit stärker betrachtet werden. Es könnte zum Beispiel mit den Städtepartnern aktiv über das Thema Fairtrade gesprochen werden. So könnte sich Braunschweig über die Stadtgrenzen hinweg für menschenwürdige Arbeitsbedingungen einsetzen.

2. Die Stadt Braunschweig trägt seit 2014 den Titel „Fairtrade Town“: Welche Auswirkungen hat die Auszeichnung für das Handeln der Stadt, wie planen Sie und Ihre Partei, diesen Titel mit „Leben zu füllen“ und die Braunschweiger Bürger:innen für das Thema zu sensibilisieren?

Dank des Vereins Fair in Braunschweig ist die Fairtrade Town mit Leben erfüllt. Diese Aktivitäten befürwortet die FDP und wünscht sich, dass diese fortgeführt werden. Ein besonderer Leuchtturm ist immer wieder die Fairtrade Woche. Die Freien Demokraten sind für weitere Ideen offen, um den Titel „Fairtrade Town“ noch stärker in den Fokus zu rücken.

3. Gibt es konkrete Pläne (z.B. Monitoringsysteme, Formulierung anspruchsvoller Ziele, Schaffung einer Kompetenzstelle), die öffentliche Beschaffung stärker nach ökologisch und sozialen Kriterien auszurichten?

Die FDP befürwortet besonders im Bereich Bau auf mehr recycelte und ökologische Materialien zu setzen. Es ist schwierig konkrete Pläne zu versprechen, da der Bereich der öffentlichen Beschaffung auf einer Vielzahl von Verordnungen und Gesetzen auf unterschiedlichen politischen Ebenen fußt, auf die die Stadt Braunschweig nur wenig Einfluss hat. Die Freien Demokraten fordern, den Fuhrpark der Stadt Braunschweig zum Vorreiter zu machen und auf verschiedene klimafreundlichere Technologien sowie Verkehrsträger zu setzen.

4. Welche Überlegungen oder konkreten Pläne gibt es zukunftsfähige Wirtschaftsmodelle (z.B. kooperative Ökonomien: Repair- und Sharing-Modelle, Gemeinwohlökonomie) in der Stadt zu fördern?

Die FDP unterstützt grundsätzlich Projekte wie gemeinschaftliches Wohnen, Repair-Cafés und Initiativen, die dem Gemeinwohl dienen. Diese Initiativen sind aufgefordert sich im Rahmen der Förderrichtlinien auf die Fördertöpfe der Stadt Braunschweig zu bewerben. Es gibt schon viele Möglichkeiten sich von der Stadt fördern zu lassen, diese Förderungen sollen nach dem Willen der FDP weiterhin bestehen bleiben. Die Freien Demokraten möchten mit ihrer Roadmap „Innenstadt 2030“ eine positive Zukunftsvision der Innenstadt als Ort für Einzelhandel, Kultur, Veranstaltungen, Bildung, Dienstleistungen, Gesundheit, Sport und neue Formen der Arbeit entwickeln.